Nummer 160 — Halle, Sonnabend, den 11. Juli 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

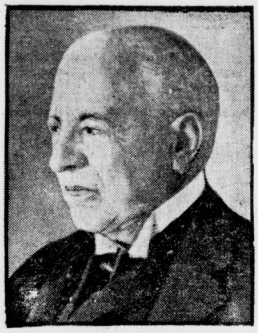
Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 10 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Ein Freund Deutschlands.
Lord Haldane,

der bekannte frühere Kriegsminister im Kabinett Asquith, bekannte in einer längeren Rede vor englischen Parlamentariern sich in entschiedener Weise zu der Ueberzeugung, daß Deutschland fest entschlossen sei, dem Versailler Friedensvertrag Folge zu leisten. Seine Rede machte auf alle Anwesenden einen für Deutschland äußerst günstigen Eindruck.

*

Die erfreuliche Entwicklung der Einlagenbestände im Spar- und Luntmäßigen Spaltzahlungsverkehr hat im Monat Mai weitere Fortschritte gemacht. Die Spareinlagen haben sich im Berichtsmonat um weitere 60,89 Millionen RM., d. h. um 6,9 Prozent gehoben und damit seit Jahresbeginn um 387,4 Millionen RM. oder um 83,2 Prozent erhöht.

*

Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, am Mittwoch kommender Woche die Spitzenorganisationen der Beamtenverbände zu empfangen, die ihm Vorschläge über eine allgemeine Beamtengehaltserhöhung unterbreiten wollen.

*

In dem Prozeß gegen den Landwirt Rehnig, der den Reichsbannermann Schulze einige Tage vor der Präsidentenwahl in Berlin erschossen hat, wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. In der Urteilsverkündung erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht der Ansicht sei, daß Notwehr vorgelegen habe und daß der Angeklagte die Grenzen der Notwehr nicht überschritten habe. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

*

Die bayerische Staatsregierung hat die Reichsregierung ersucht, bei den alliierten Regierungen Schritte zu unternehmen, daß die von Frankreich beabsichtigte Verlegung der bisherigen Besatzung vom Ruhrgebiet auf das altbesetzte Gebiet unterbleibe.

*

Wie die Stadtverwaltung in Bochum mitteilt, ist mit dem baldigen Abmarsch der Besatzungstruppen zu rechnen. Als Termin des Abmarsches vermutet man den 17. oder 18. Juli.

*

Aus Essen wird die Stillegung von weiteren sieben Zechen gemeldet. Unter den stillgelegten Zechen befindet sich die Gewerkschaft Vereinigte Constantin mit rund 1000 Arbeitern.

*

Seit Dienstag früh ist die gesamte Einfuhr aus Polen stillgelegt. Der Uebergang vom Deutschen in das polnische Gebiet wird, trotz der ordnungsgemäßen Ausfertigung der Einreisepässe durch die polnischen Konsulate, mehrfach verweigert.

*

Der belgische Senat hat dem Kabinett Poullet mit 98 gegen 45 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen.

*

In der Donnerstagsitzung des jugoslawischen Parlaments kam es zu wüsten Raufszenen, so daß sich der Präsident genötigt sah, die Sitzung zu schließen.

*

Die 400 Mann starke chinesische Besatzung des kanadischen Ozeandampfers „Empreß of Russia" ist in Kobe (Japan) eigenmächtig an Land gegangen. Sie ist durch Japaner ersetzt worden.

*

Wie Reuter erfährt, soll die chinesische Handelskammer in Schanghai bisher 620 00 Dollar an das Bureau der Streikleitung zwecks Unterstützung ausgezahlt haben.

Marokkodebatte in Paris.

15 Divisionen für den Marokkofeldzug. / Kommunistische Antikriegspropaganda.

Paris, 10. Juli. Die Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung mit den für den Feldzug in Marokko geforderten Zusatzkrediten im Betrage von 183 Millionen Franken. Davon entfallen auf das Kriegsministerium 175.842 800 Franken, auf das Marineministerium 7 167 200 Franken. Vor Beginn der Diskussion dementierte Painlevé die vormittag in Umlauf gesetzten Gerüchte von einer Einnahme Tazas durch Abd-el-Krim. Kammerpräsident Herriot erklärte, die Kammer nehme diese Erklärung der Regierung mit Freude entgegen. Als erster Diskussionsredner ergriff der kommunistische Abgeordnete Marcell Cachin das Wort, der u. a. ausführte: Nach seiner Ansicht seien bereits Milliarden in Marokko vergeudet worden. Die Kommunistische Partei werde den

Widerstand gegen den Marokkokrieg

organisieren und werde sich auch bemühen, hierfür eine Einigkeit bei den Gewerkschaften zu erzielen. Die gegen die Kredite stimmen wollten, sollten sich den Kommunisten anschließen, damit die Aktion gegen den Krieg zu einem guten Ende geführt werden könne. Wenn man auch die Kommunisten verfolgen werde, so schloß Cachin, so werden sie die jetzt eingeleitete Aktion doch weiterführen. Seine Partei wisse, daß sie das Proletariat hinter sich habe, und übrigens könne sie auch auf die Zustimmung gewisser Parlamentarier, die weit vom Kommunismus entfernt ständen, rechnen, die die kommunistischen Abgeordneten in den Wandelgängen der Kammer angesagt hätten, daß sie recht hätten. Der sozialistische Fabry erklärte, die

Lage in Marokko sei ziemlich schwierig.

Der Gegner Frankreichs wolle keinen Frieden, also müßte man ihn schlagen. Fabry gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung nicht zögern werde, die fünfzehn oder sechzehn Divisionen, die nötig sein würden und deren Rekrutierung zum Teil in Nordafrika durchgeführt werden könne, aufzustellen. Die verbrecherische Propaganda der Kommunisten müsse unterdrückt werden. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte der Abgeordnete Roux-Freissineng, es handele sich bei der Marokkoangelegenheit um eine politische Frage. Die Sicherheit Marokkos und Algiers stehe auf dem Spiele. Diejenigen, die davon sprächen, daß die Rif-Leute für ihre Freiheit kämpften, täuschten sich. Abd-el-Krim habe

zum heiligen Krieg aufgerufen.

Er wolle durch eine Offensive bis nach Fez kommen, um das mohammedanische Marokko gegen Frankreich aufzuwiegeln. Frankreich habe die Pflicht, die Marokkaner zu schützen, aber es handele sich auch darum, Algier zu retten. Der sozialistische Abgeordnete Cluzel erklärte, die Kredite, die man jetzt bewillige, genügten nicht, um den Krieg zu Ende zu führen. Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten wurde hierauf beschlossen, die Sitzung zu unterbrechen und um 9 Uhr zu einer Nachmittagssitzung zusammenzutreten.

Annahme der Marokkokredite.

Paris, 10. Juli. Die Kammer hat in der Nachtsitzung, die kurz nach 1 Uhr vormittags zu Ende war, die Marokkokredite mit 421 gegen 29 Stimmen bewilligt. Nach der Rede des Abg. Renauld, ergriff Ministerpräsident Painlevé das Wort. Er führte unter anderem aus: Der Angriff Abd-el-Krims hat sich auf ein Gebiet bezogen, das Frankreich regelrecht zugesprochen worden ist.

Man hat jetzt mit einem Massenangriff der Rifleute und mit einer gut ausgebildeten und sehr mobilen Infanterie zu tun.

An zweiter Stelle behandelte Painlevé die Frage des Oberkommandos. General Naulin, dessen Ernennung kritisiert wurde, sei ein junger, aber erfahrener Führer, der sich Verdienste im Orangebiet erworben und ein Armeekorps an der Front befehligt habe. Schließlich sprach Ministerpräsident Painlevé von der Zukunft der marokkanischen Angelegenheiten. Er sagt hierüber: Wir haben mit Spanien in voller Herzlichkeit verhandelt, Frankreich will einen gerechten und dauernden Frieden ohne irgend eine Absicht auf Beherrschung und Eroberung? Wir wollen in Marokko nur Ruhe und Ordnung schaffen(?) und wir werden die Tradition der Bevölkerung respektieren (?) Was die Friedensbedingungen betrifft, so können wir sie noch nicht veröffentlichen, da wir dadurch etwaige spätere Verhandlungen schädigen würden. Wenn Abd-el-Krim die französisch-spanischen Friedensbedingungen zur Zeit wird die Welt sie wahrscheinlich [illegible] fahren.

Abd-el-Krim vor den Toren von Taza und Fez.

Paris, 10. Juli Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz lauten für Frankreich außerordentlich beunruhigend. Taza steht unmittelbar unter dem Feuer der Riffabylen. Diese setzten 10 000 Mann regulärer Truppen gegen die Stadt an, und es gelang ihnen, eine ganze Anzahl weiterer Stämme zum Abfall zu bewegen. Der Druck wird insbesondere am Quergha ausgeübt. Zwischen Mjara und Ain Aichan haben Stämme, die dort wohnen, sich nach dem Süden zurückgezogen. Gleichzeitig setzt ein neuerlicher Druck der Riffabylen auf Fez ein. Die Franzosen machen nunmehr alle Anstrengungen, um die Riffabylen nördlich über die Quergha zurückzutreiben, doch geben sie zu, daß der Abschnitt fortwährend bedroht ist. Telegramme aus Fez melden, daß der Stamm Branes südlich von Taza sich Abd-el-Krim angeschlossen hat. Ebenso sind nördliche Stämme, die früher französenfreundlich waren, zum Feinde übergegangen. Die Bevölkerung Tazas räumt fluchtartig die Stadt. Die französischen Garnisonen von Busla und von Dulledala sind von den französischen Truppen geräumt worden.

*

Die Londoner „Daily Mail" meldet: In Rabat kam es zu einem Aufstand der Eingeborenen. Nach zuverlässigen Berichten ist Abd-el-Krim in Meknes eingerückt, das zuvor geräumt war.

Lenkt Rußland ein?

London. 10. Juli. „Daily Expreß" erfährt aus russischer Quelle, die gewöhnlich als zuverlässig angesehen wird, daß der Sowjetvertreter Radowski aus Moskau mit großen Aufträgen nach London zurückgekehrt sei, deren Gesamtbetrag auf 15 Mill. Rubel angegeben werde. „Daily Expreß" zufolge ist man in russischen Regierungskreisen über die drohende Störung der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien beunruhigt und Rakowski ist angewiesen worden, den Versuch zu einer engeren Gestaltung sowohl der diplomatischen als auch der Handelsbeziehungen zu machen.

Amerikanischer Anleiheboykott.

„Daily News" meldet aus Neuyork: Der Boykott gegen deutsche Kredite in den Vereinigten Staaten ist infolge der Erklärung einer Anzahl Bankiers gegen die Anleiheentrechtung nahezu allgemein. Nunmehr erklären auch die Firmen W. Harriman und Lee und das Bankhaus Higginso und Co. in Neuyork, daß sie die Uebernahme einer 10-Millionen-Anleihe für die Stadt Köln ohne vorherige Anerkennung der früheren deutschen Anleihen ablehnen und die Verhandlungen abgebrochen haben.

Berlin, 10. Juli. Aus Neuyork liegen nunmehr die amtlichen Bestätigungen vor, daß die Berliner Stadtanleihe in Neuyork, die von der Blairgruppe aufgelegt worden ist, mit kaum 50 Prozent gezeichnet ist. Der Hauptteil der Zeichnungen ist von den der Blairgruppe angeschlossenen Banken getätigt worden; das Publikum hielt sich infolge der öffentlichen Warnungen der Presse und der Großfinanz zurück.

Gegen die kommunistische Propaganda.

Brüssel, 10. Juli. Die „Agence Belge" meldet: Auf die Interpellation eines Abgeordneten über die von einem schwedischen Blatt verbreitete Meldung, wonach die französische Sektion der Moskauer Exekutive beschlossen habe, in eine belgische Stadt in der Nähe der französischen Grenze das kommunistische militärische Spionagebureau zu verlegen, das provisorisch in Berlin eingerichtet worden war und den Auftrag hat, Erkundigungen einzuziehen und französische bolschewistische Stoßtrupps auszubilden, antwortete der Justizminister, es seien alle Maßnahmen getroffen, um einer derartigen Möglichkeit zu begegnen.

Das italienische Imperium.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, Anfang Juli.

Mussolini sieht schlecht aus. Man hat den Eindruck, als stehe er vor einem Nervenzusammenbruch. Und es wäre ja ein Wunder, wenn es anders wäre. Formell Ministerpräsident und vierfacher Minister, in Wirklichkeit unbeschränkter Selbstherrscher über ein modernes, von unsäglich größeren Problemen, als sie die antiken Militärstaaten kannten, aufgewühltes Vierzigmillionenvolk, das ihm nur zu einem Teil ergeben ist, Lenker einer von allen Seiten von Feinden oder unsuverlässigen Freunden umgebenen Nation, der es an Rohmaterialien wie an Geld mangelt, den Grundbedingungen für die kriegerische Behauptung in waffenstarrender Zeit, verantwortlich für das Wohl und Wehe eines Landes, das die Unsunst der Natur oder, wenn man will, die Uebermacht Britanniens in eine jedenfalls schließbare Mausefalle eingesperrt hat, verzichtete Mussolini von dem Tage an, da er die Macht eroberte, auf jede Ausspannung. In dieser fortgesetzten Anspannung aller Kräfte, und verfügte der Duce auch über übermenschliche, liegt, wer möchte es leugnen, eine Größe von klassischem Ausmaß, liegt aber auch die Gefahr.

Die Gefahr nicht nur eines plötzlichen physischen Versagens, sondern einer psychischen Ueberreizung, die Gefahr des Ubermenschentums, des Uebersichhinauswachsens, die Gefahr des Allmachtgefühls und der Göttlichwerdung. Wir haben zeitliche Beispiele an Wilson und d'Annunzio. Es ist offenes Geheimnis in Rom, daß der „Fürst vom Schneeberg", der mit einem Maschinengewehr auf dem Gardasee herumfährt und den kriegerischen Geschmack bis zur Aufstellung von Granaten auf antike Säulen treibt, sich als Heiliger von seinem Gesinde verehren läßt, so daß Mussolinis Besuch in der von Karin Michaelis so eigenartig beschriebenen d'Annunzianischen Villa Henry Thodes Hetzungen konnte man zwar den üblichen Phantastereien der üblen amerikanischen Reporterei begegnen, wonach Mussolini ausgerechnet jenen sonderbaren Heiligen zu seinem Nachfolger auserlesen hätte, in Wirklichkeit aber hatte sich der Duce nur bemüht, etwas Klarheit in das Tun des Mannes hineinzubringen, der nun einmal in seiner Heimat als großer Dichter gilt. Mussolini ist gewiß nicht der Mann, der ängstlich nach einem Nachfolger herumreist, das läßt schon sein wachender Ehrgeiz nicht zu. Immer häufiger drängt sich das Ich auf seine Lippen, immer eifersüchtiger wird er auf seine Revolution, seine auswärtige Politik, seine autokratischen Befehle.

Augenblicklich hat er die Kammer bis auf unbestimmte Zeit, sicher aber bis Dezember, nach Hause geschickt, nachdem sie in aller Eile noch, damit der viel wichtigere faszistische Nationalkongreß programmgemäß stattfinden konnte, befehlsgemäß schlucke, was ihr der Diktator vorgelegt hatte. Darunter zwei einschneidende Verwaltungsgesetze und die — es klingt wie ein Scherz — Zubilligung neuer Vollmachten. Dann am Sonnabendabend, viele Deputierte saßen schon auf ungebuldigen Reisekoffern, schnell noch

das Pressegesetz.

So plötzlich ist sicher noch kein Parlament mit einem Dessert überrumpelt worden. Zur Nachtsitzung befohlen, hörten die Herren irgend etwas Vorgelesenes an, sagten schlaftrunken ja und durften endlich, es war Mitternacht vorbei, nach Hause. Sage noch einer, sie verdienten sich ihre Diäten nicht sauer genug!

Am Morgen aber ward es klar, was nachts im Rat beschlossen war: mit der freien Journalisterei in Italien ist es ein für allemale aus. Die verbleibenden Freiheiten sind recht elastischer Natur, mit einem Wort: auch die Presse hat die Pflicht, faszistisch zu denken, wie die Beamten, die andernfalls, so schreibt es das kurz vorher angenommene Verabschiedungsgesetz vor, ohne weiteres fliegen. Außerdem bringt das Pressegesetz aber auch Neuerungen, die sich bei richtiger Handhabund recht verdienstlich auswirken können. Man merkt ihnen gleich an, daß sie einen Berufsjournalisten, den Abgeordneten Amicucci zum Vater haben. Fortan muß der Journalist eine weitgehende Vorbildung für seinen Beruf mitbringen, Maturität oder einen gleichwertigen Studienabschluß nachweisen können, muß einen guten Leumund haben und der Berufsorganisation angehören, die ihren Sitz beim Appellationsgericht hat. Damit tritt der Journalistenstand in gleiche Reihe mit den Ständen der Rechtsanwälte, Aerzte und dergleichen, er hat bei größeren Pflichten auch größere, naturgemäß auch auf die Gehälter übergreifende Rechte, er kapselt sich zwar wie andere Zweige der Wissenschaft ab, stößt aber damit das Kurpfuschertum ab. Der Unsitte, sich als Journalist auszugeben, wenn einer einmal ein Aufsätzchen bei irgendeiner Zeitung angebracht hat, ist die Wurzel abgeschnitten.

Umbrandet von dem tosenden Meer seiner Schwarzhemden hat dann Mussolini Rechenschaft abgelegt über seine jüngsten Akte, neue Programme angekündigt und schließlich zum erstenmal **das Ziel des Faszismus gezeigt: das Imperium.** Er trat damit in das Lager der faszistischen Futuristen, die der Meinung sind, eine Pyramide könne

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250711012/fragment/page=0001

auch auf der Spitze stehen, wenn nur der Boden unter ihr falsifisch sei. Die Zeit wird lehren, ob sich die Natur dieses Akrobatenstücklein gefallen läßt. Während die Weltwirtschaft der Meinung ist, eine tragfähige Basis müsse das Primäre sein, glauben die Ultrafaisisten umgekehrt, die Größe des Zieles erzeuge die nötige Kraft. Auch Kolumbus, sagen sie, hat mit nicht für das Weltmeer geeigneten Nußschalen Amerika entdeckt. Kühnheit, Wagen ist ihnen alles.

So reiht Mussolini im Parlament Schlagwort an Schlagwort, Hieb an Hieb. „Warum soll die Verfassung nicht geändert werden? Aendert sich nicht auch die Zeit? Soll der König nicht das Recht haben, die Luftwaffe zu befehlen, weil die Aeronautik in der 48 er Verfassung noch nicht vorgesehen ist?" Lebhafte Heiterkeit. „Die Herren hoffen auf den Senat. Der Senat wird zustimmen, weil er sich andernfalls eine Verantwortung aufbürden würde, die er nicht tragen könnte." Das ist deutlich, sollte man meinen. Und endlich:

„Die Losung heißt: absolute Intransigenz! Die zweite Parole: Die ganze Macht dem Faszismus! Das Ziel heißt: Das Imperium. Die Fahne der Revolution ist meiner Hand anvertraut und ich werde sie verteidigen gegen jeden, wer es auch sei, auch um den Preis meines Blutes."

Nach Führermüdigkeit klingt das nicht. Uebrigens fürchtet die Opposition eher noch mehr ein Abtreten Mussolinis, als das Lager der Schwarzhemden. Sie weiß, daß sein Nachfolger Farinacci sein würde, und in diesem Augenblick nicht mehr die Stammtischfrage, ob man vom Aventin heruntergehen solle oder nicht, erörtert werden könnte. Farinacci und seine Getreuen würden den Berg des Schmollens mit gepanzerter Faust erstürmen und jene wirkliche Umwälzung einleiten, die ihnen nach ihrer Auffassung vor drei Jahren zu Unrecht von Mussolini vorenthalten wurde. Wie die deutschen Kommunisten so ergreifend singen: „Blut muß fließen knüppeldick, hoch die Räterepublik!" — so die Faisisten der ersten Stunde": „Ma che republica, ma che Mazzini — viva Dumini!" . . . Dumini ist der Mann, der nicht nur Matteotti, sondern noch ein Dutzend andere Opfer auf dem Gewissen haben soll.

So wirkt Mussolini bei allem Vorwärtsdrängen und -gedrängtwerden doch immer noch wie ein segensreicher Hemmschuh. Es wäre ein Unheil, wenn ihm seine Kräfte vor der Zeit verließen.

Gustav W. Eberlein.

Aus der parlamentarischen Kleinarbeit.

Herabsetzung der Umsatzsteuer. Erhöhung der Angestelltenrente.

Im Steuerausschuß wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, nach dem es der Regierung überlassen wird, den Satz der Luxussteuer nach eigenem Ermessen auf weniger als 10 Proz. herabzusetzen. Annahme fand ferner der Antrag, die Umsatzsteuer auf 1.22 herab[illegible]

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beriet den Entwurf zur Angestelltenversicherung weiter und genehmigte die Vorschriften, die die Grundrente von 30 M. auf 40 M. monatlich, die Steigerungssätze von 10 Proz. auf 15 Proz. und das Kindergeld von 3 M. auf 7,50 Mark erhöhen.

*

Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstags wurden die Tarifnummern der Zollvorlage behandelt, die eine große Zahl chemischer Erzeugnisse enthalten, deren wirtschaftliche Bedeutung im Laufe der letzten 20 Jahre sehr gewachsen ist. Mit Rücksicht hierauf wird die bisherige Zollfreiheit aufgehoben. Die vorgeschlagenen Zollsätze betragen größtenteils weniger als 10 Proz. des Wertes.

*

Wie wir erfahren, hat der Reichsminister des Innern den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 146 Abs. II der Reichsverfassung über die Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen (sog. Reichsschulgesetz) dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vorgelegt.

Tumult im Reichstag.

Eine arbeitsreiche Reichstagssitzung.

Der „Wirtschaftskrieg" mit Polen

machte sich auch in der Donnerstag-Sitzung des Reichstages bemerkbar. Als es sich darum handelte, zwei deutsch-polnische Verträge, einen über die Benutzung von Baulichkeiten in Kurzebrack durch Polen, und einen über Erleichterung im kleinen Grenzverkehr zu genehmigen, beantragte der völk. Abg. Frick deren Absetzung von der Tagesordnung, bis die Beziehungen zu Polen wieder etwas gebessert seien. Was den ersterwähnten Gesetzentwurf anlangt, stimmte das Haus dem Antrage Frick zu. Der zweite Gesetzentwurf wurde jedoch mit Rücksicht auf seine Wichtigkeit für die deutsche Grenzbevölkerung genehmigt.

Für eine „Liga der unterdrückten Nationen"

trat in der Fortsetzung der Debatte über den Etat des Ministeriums der besetzten Gebiete der völk. Abg. v. Ramin ein. Er wünscht sich diese Liga als Gegengewicht gegenüber der verlogenen Phraseologie des Völkerbundes", die immer von Menschlichkeit rede, und deren Menschlichkeit sich in der „ritterlichen" Haltung namentlich der „großen Nation" gegenüber der wehrlosen Bevölkerung der deutschen besetzten Gebiete zeige. — Der Etat der besetzten Gebiete wurde in zweiter Lesung genehmigt.

Der Reichstag kauft sich ein Auto.

Ohne große Umstände bewilligte das Haus den Etat für den Reichstag. Neben anderen schönen Dingen für die Abgeordneten, u. a. Gewährung von Freikarten auch für die Klein- und Lokalbahnen sowie für die Postautolinien und die Dampferlinien auf dem Bodensee, sieht der Etat auch die Anschaffung eines Personenkraftwagens für den Reichstag vor, zu welchem Zwecke 20 000 M. bewilligt wurden. Es besteht ferner eine Erwägung darüber, ein Nebengebäude zum Reichstagsgebäude zu erwerben. Auch einen Garten möchten die Herren Reichstagsabgeordneten gern haben.

Angenommene Gesetzentwürfe und Anträge.

Der Reichstag nahm ohne Debatte das Gesetz über den Beitritt Deutschlands zum Spitzbergen-Vertrage an und stimmte einer Entschließung zu, die die Sechsers-Ausnahmetarife der Vorkriegszeit für die deutschen Seehäfen wieder fordert. — Mit 176 gegen 143 Stimmen genehmigte der Reichstag einen kommunistischen Antrag auf Haftentlassung der komm. Abgg. Heckert und Pfeiffer, um diese Mitgliedern des Hauses die Möglichkeit zu geben, an den Arbeiten des Reichstages teilzunehmen. Beide Abgeordnete befinden sich schon seit längerer Zeit wegen politischer Vergehen in Haft. — Der Antrag zur Bier- und Tabaksteuervorlage wurde dem Steuerausschuß überwiesen.

*

Dann erfolgte die erste Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die Ausübung des

Rechts zum Tragen einer Militäruniform.

Danach wird der Reichstag ermächtigt, dieses Recht für solche Personen zu regeln, die schon vor Bildung der Reichswehr aus dem militärischen Dienstverhältnis ausgeschieden waren.

Um 8½ Uhr beantragte Abg. Dittmann (Soz.) Vertagung. Die Abg. Schulz-Bromberg und Henning (völk.) protestierten erneut und verlangten Fortsetzung der Debatte. Es entsteht ein ungeheurer Tumult, der minutenlang anhält. Vizepräsident Dr. Bell läßt dann über den Vertagungsantrag abstimmen. Für die Vertagung stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Kommunisten und das Zentrum. Unter großer Unruhe erklärt Dr. Bell die Vertagung für beschlossen. Darauf entsteht große Erregung auf der Rechten. Es wird die Gegenprobe verlangt. Dr. Bell schreitet darauf trotz des Widerspruchs der Linken zu einer nochmaligen Abstimmung und eröffnet schließlich die Auszählung. Bei der Linken erhebt sich jetzt ein ungeheurer Lärm.

Im Chor wird „Schiebung" gerufen.

Der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zur Auszählung zu verlassen, wird keine Folge geleistet. Alles schreit wild durcheinander. Ueberall bilden sich erregte Gruppen. Einzelne Abgeordnete drohen sich mit den Fäusten. Dr. Bell hebt daher die Sitzung für drei Minuten auf und verläßt den Präsidentenstuhl. Als er dann wieder im Saal erscheint, empfängt ihn die Linke mit großem Hallo. Dr. Bell versucht eine erneute Abstimmung über die Vertagung herbeizuführen, wird aber durch anhaltenden Tumult und Lärmen daran gehindert. Er hebt schließlich die Sitzung auf und beraumt die nächste Sitzung auf Freitag 2½ Uhr an. Tagesordnung: Aufwertungsgesetz. Die Sitzung schließt mit einem ungeheuren Lärm. Nur langsam leert sich der Saal.

Berliner Brief.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Note ist abgeschickt. Das Reichskabinett ist in die Beratung der Luftfahrtnote eingetreten, nebenher gehen die gutachtlichen Besprechungen in den Ressorts über die Entwaffnungsfrage. Die alliierte Militärkommission, die wieder kreuz und quer durch Deutschland fährt, hat eine Anzeige über die Wiederaufnahme ihrer Kontrolltätigkeit der Reichsregierung nicht gemacht, die Pariser „Temps"-Meldung über diesen Höflichkeitsschritt der Ententeherren in Deutschland war also ein verunglückter Fühler. Nach unseren zuverlässigen Informationen hat sich auch hinsichtlich der Luftfahrnote schon jetzt im Kabinett der Standpunkt des Außenministers Stresemann durchgesetzt. Die Ablehnung der Ententeforderungen wird die Reichsregierung in die Form einer Einleitung zu weiteren Besprechungen kleiden. Eine bedingungslose Ablehnung kommt nicht in Frage. Die Regierung will die Klinke zu einem Meinungsaustausch nicht aus der Hand geben. Entgegenkommender wird sich Deutschland in der

Entwaffnungsfrage

zeigen. Trotz allem! Denn die furchtbare Rüstung, mit der man rings um Deutschland herum, sich auch gegen das entwaffnete Deutschland zu schützen für nötig findet, steht in einem peinlichen Gegensatz zu der Strenge, mit der man die letzte Flinte [illegible] sucht. Und [illegible] noch [illegible] an [illegible] bitteren Gefühle heißen mit in einer Welt, in der Deutschland seit November 1918 nun einmal unten ist. Deutschland will bestimmte Forderungen der Entwaffnungsnote annehmen, doch nur, wenn ihm nicht durch die Gestaltung des Sicherheitspaktes die Gefahr droht, daß das erst zu befreiende Rhein- und Ruhrland in anderer Weise gebunden bleibt als Aufmarschgelände Frankreichs bei kriegerischen Verwicklungen im Osten. Der „Matin" nannte am Sonntag das Rheinland „das Glacis für eine französische Mobilisation gegen Sowjetrußland". Das deutsche Entgegenkommen in der Entwaffnungsfrage verlangt deshalb die

absolute Gleichberechtigung.

Hier ist der Punkt, an dem auch die Ausführung der Entwaffnungsnote sich entscheidet. Hier ist der Punkt, an dem das deutsche Volk und die öffentliche Meinung in Deutschland in voller Einmütigkeit Posten fassen wird. Nach den bisherigen Dispositionen ist wahrscheinlich, daß die Antwort auf die Entwaffnungs- und Luftfahrtnote im letzten Drittel dieses Monats nach Paris abgeht. Hinzufügen wollen wir noch, daß auch der Reichspräsident im Reichskabinett für die Entwaffnungs- und die Sicherheitsfrage die Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit gefordert hat. Das große Spiel beginnt erst.

Die Zollvorlage.

Die Demokraten haben sich bis zum gegenwärtigen Augenblick in der Zollvorlage noch nicht endgültig festgelegt, trotz aller Rufe von der Sozialdemokratie. Noch hoffen bestimmte demokratische Kreise, daß das Zentrum, das auch hier den Ausgang des Kampfes bestimmt, nicht einheitlich stimmen wird. Die Gefahr besteht, daß das Kabinett in der Zollabstimmung in die Minderheit gerät, wenn nicht das ganze Zentrum zu gewinnen ist. Dennoch setzt Dr. Luther seine Besprechungen nach allen Seiten hin fort. Ein Zugeständnis ist jedenfalls, daß der Kanzler seine ursprüngliche Forderung, am 18. Juli müsse abgestimmt sein, modifiziert hat. Nach den gestrigen Erklärungen Luthers zu den Parteiführern ist die Regierung auch mit einer Verabschiedung der Zollvorlage bis 31. Juli zufrieden.

Ein Gastmahl bei der Sowjetdelegation.

Die Sowjetgewaltigen Radek und Litwinow sind immer noch in Berlin. Sie haben Mittwoch abend wieder den deutschen Kommunistengrößen ein Gastmahl gegeben, mit auserlesenen Speisen und Getränken. Andere Gäste waren nicht geladen. Vielleicht merken wir die Auswirkungen der „Gastgespräche" bald an innerpolitischen Vorgängen. Die Pariser Publizisten wollen genau wissen, warum die Russen in Berlin sind, warum in Berlin die Unterabteilung des russischen Außenministeriums sich seit Wochen eingerichtet hat. Es ist Deutschland, das umworben werden soll.

Eine grobe Taktlosigkeit.

In der den Ministerzimmern vorgelagerten kleinen Wandelhalle im Reichstage ist jetzt eine Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert aufgestellt worden. Um Platz für die Büste zu schaffen, hat man die Büsten Bismarcks und Moltkes von ihren Sockeln genommen und in einen nur selten benutzten Treppenflur gestellt. Diese Tatsache hat den berechtigten Unwillen in weiten Kreisen der Abgeordneten erregt. Reichstagspräsident Löbe wird sich voraussichtlich wegen seines eigenmächtigen Vorgehens vor dem Ausschmückungsausschuß des Reichstages oder vor dem Aeltestenrat zu verantworten haben.

*

Ueber die Besprechung im Ausschuß für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes erfahren wir, daß es sich bei der Umstellung der Büsten von Bismarck und Moltke nur um Probeversuche gehandelt hat und daß diese Büsten sowie auch das Standbild Kaiser Wilhelms I. in der Wandelhalle an ihren bisherigen Plätzen belassen werden sollen. Die Platzfrage für die Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert harrt noch der Lösung.

30 Millionen Mark gepumpt, 2 Tausend Mark zurückgezahlt!

Die Brüder Barmat haben ihre Verpflichtungen gegenüber der schwer geschädigten Preußischen Staatsbank und auch gegenüber der Reichsbank nicht erfüllt und ihre Zusagen zurückgenommen. Bisher sind von den Barmats für insgesamt erhaltene rund 30 Millionen Staatsbank- und Postkredite (sogenannte Hoefle-Kredite) ganze 2000 M. zurückgezahlt worden. Staatsbank und Post haben sich nunmehr zu neuen Strafanzeigen gegen die Barmats entschlossen.

*

Gegen den Polizeipräsidenten a. D. Richter ist, unabhängig von dem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren wegen passiver Bestechung nunmehr auch ein Disziplinarverfahren wegen Annahme von Geschenken von einen in Strafanzeigen Beschuldigten eingeleitet worden.

*

Der Haushaltsausschuß beschäftigte sich mit der Personalabbauverordnung. Die Personalabbauverordnung wurde unverändert angenommen. Sie soll schon in den nächsten Tagen das Plenum beschäftigen.

Aeußerliches und Innerliches.

Eine Betrachtung von Ernst von Wolzogen.

Schier alle Welt ist sich darüber einig, daß man seinen Mitmenschen Unrecht tue, wenn man sie nur nach Aeußerlichkeiten abschätzt. Und wer nur ein wenig fließend und gebildet zu reden oder gar zu schreiben versteht, der sucht seine Ehre darin, das Charakterbild der Menschen, mit denen er zu tun hat, durch Zergliederung ihres Seelenzustandes deutlich zu machen. Mich will dünken, daß auf keinem Gebiete der geistigen Betätigung der eitle Dilettantismus, der bewußte oder unbewußte Schwindel reicher blühe als auf dem der Psychoanalyse (Seelendeutung). Der intellektuelle Großstädter zumal hat geradezu einen Salonsport daraus gemacht, mit solchem scheinbar tiefsinnigen Gefasel zu blenden. Wenn das kleinstädtische Kaffeekränzchen der Honoratiorendamen sich damit begnügt, die abwesenden Angehörigen der gleichen Gesellschaftskreise gehörig „auszurichten", d. h. ihre Schwächen, unbefugten Anmaßungen, lächerlichen Verlogenheiten und dergleichen aufzudecken, so läßt die elegante Frau von Welt ihren Geist mit Vorliebe dadurch leuchten, daß sie in ihrer Umwelt sich ereignenden Skandalgeschichten und absonderlichen Irrungen nicht einfach schadenfroh feststellt oder durch Uebertreibung dem Gelächter preisgibt, sondern im Gegenteil sich als Vertreterin der höheren Gerechtigkeit aufspielt, verstehend entschuldigt und mit einem reichen Aufgebot von zusammengelesenen Kunstausdrücken seelenkundlich zu beweisen weiß.

Will in solcher hochintellektuellen Damengesellschaft ein Mann seinen geistigen Führerang behaupten, so muß er schon sehr gerissen sein und den geistreichelnden modernen Schriftstellern der Kunst abgemerkt haben, stets das Gegenteil zu behaupten von dem, was die Allgemeinheit als sichere Erfahrungstatsachen hinstellt, und seine eigenen Behauptungen geschickt zu verteidigen wissen. Dazu gehört freilich schon ein recht erhebliches Maß von Geist, Witz und Beleseneheit. Wer aber darüber verfügt, wird in der allerbesten Gesellschaft als Salonlöwe glänzen. Ich will gerne zugeben, daß der psychoanalytische Sportbetrieb recht wohl geeignet sei, den Geist zu schärfen, und jedenfalls weit vorzuziehen sei dem seichten Geschwätz eleganter Tagediebinnen und hirnloser Lebemänner. Aber ich behaupte, daß nicht nur der Durchschnittsmensch, sondern auch der ungewöhnlich Begabte seine geistigen Gaben weit nützlicher anwende, wenn er sich zu scharfer Beobachtung der äußeren Erscheinung dressiert und sich gewöhnt, aus den gewonnenen Erfahrungen Schlüsse zu ziehen. Denn es ist nur äußerst wenigen, ieherlich begabten Menschen tatsächlich möglich, mit dem geistigen Auge in das Innere einer fremden Seele einzudringen.

Die meisten Menschen wissen nicht einmal in ihrer eigenen Seele wirklich Bescheid, denn ihre Selbsterkenntnis wird verdunkelt durch angeborene oder anerzogene Vorurteile und sie nehmen blohe Einbildungen für Tatsachen. Die sicht- und meßbaren, in Bild und Wort deutlich wiederzugebenden äußeren Erscheinungsformen des Seelenlebens sind aus dem einfachen Grunde für die Erkenntnis des Innenlebens wertvoller als alle phantastischen Spekulationen, weil der Mensch damit kaum lügen kann. Der Leib, der ihm gegeben ist, das Gesicht, das er auch im kältesten Klima offen zur Schau tragen muß, verrät mehr oder minder deutlich dem geübten Beobachter die ganze Summe vererbter seelischer Eigenschaften, die das Charakterbild ausmachen. Freilich ist auch die Physiognomik, die Deutung der Gesichts- und Körperformen ein äußerst schwieriges Unterfangen. Weder Lavaters erste Versuche, noch die vielfachen Bemühungen hervorragender Gelehrter und Laien bis auf unsere Tage haben dazu führen können, eine sichere Wissenschaft aus diesen Bemühungen zu gestalten. Aber doch kann man behaupten, daß die Anhaltspunkte, die der Seelendeutung durch die Beschaffenheit der Gliedmaßen, durch die Formen des Gesichts und das Mienenspiel gegeben sind, außerordentlich viel sicherer seien, als alle sonstigen Grundlagen der Seelenkunde.

Ich für meine Person habe es mir zum Grundsatze gemacht, einer durch die öffentliche Meinung, d. h. durch eine eitzige Presse, emporgehobenen Persönlichkeit nicht eher innere Größe zuzugestehen, bevor ich Gelegenheit hatte, sie von Angesicht zu sehen und in der Bewegung, im Sprechen und Mienenspiel zu beobachten. Kein wirklich großer Mensch ist eitel. Und Eitelkeit ist diejenige Eigenschaft, die sich am sichersten äußerlich verrät. Wer beim Sichsetzen das sichtliche Bestreben zeigt, eine interessante und bedeutende Haltung anzunehmen, wer, bevor er zu sprechen beginnt, den Kopf zurückbiegt und den Hohlkopf schnellen läßt, nach jeder seiner Aeußerungen die Augen herumschweifen läßt, um den Eindruck auf die Zuhörer zu beobachten, der ist eitel und kein großer Mensch. Seitdem die wissenschaftliche Irr- und Wirrlehre des Materialismus glücklich überwunden ist, zweifelt wohl kein denkender Mensch mehr daran, daß es der Geist ist, der den Körper baut. Es kann keine zufälligen Erscheinungsformen in der Welt der Körper geben. Alles ist Ausdruck des schöpferischen Geistes. Darum wird auch der oberflächlichste Beobachter zu allermindest den gewaltigen Unterschied in dem Gesichtsausdruck von Geist- und den alltäglichen bloßen Sinnenmenschen bemerken müssen.

Ganz unverkennbar ist die Erscheinung gewisser Geschäftsmänner, bei denen lediglich der Erwerbssinn stärker ausgebildet ist und im übrigen nur die grobsinnliche Genußsucht sich betätigt. Es ist gleichgültig, ob solche Gesichter im sandsteinigen Sinne hübsch oder häßlich sind. Sie sind auf jeden Fall — leer. Sie können gutmütig, harmlos, liebenswürdig oder auch rücksichtslos brutal wirken, aber irgendwelche Geistigkeit wird sich nie darin finden. Sehr häufig dagegen zeigt sich eine starke Annäherung an das Tierhafte. Der Fresser ähnelt dem Schwein, der Profitgierige dem Geier. Kleine Hände und Füße, schlanke Fesseln können trügen, nicht aber die Form der Hände. Es gibt sentimentale Hände, es gibt niedrig denkende, kleinliche Hände, es gibt sogar unter den groben, gewaltsam entstellten Arbeiterpranken gütige und böse Hände. Am unverkennbarsten drückt sich wohl ein hochfliegender Idealismus in den Gesichtsformen aus, Augen und Mund, verbunden mit der Form der Stirne, wirken meistens zusammen, um den Ausdruck des Denkers wie des Begeisterungsfähigen zu prägen. Es gibt neben abstobenden nur harten, zerarbeiteten oder dumm-pfiffigen auch prachtvolle Bauerngesichter, die eine stolze Sicherheit des Charakters, eine edle Wurzelhaftigkeit, Treue und Zuverlässigkeit zum Ausdruck bringen. Herzensgüte und Humor (in den Fältchen um die äußeren Augenwinkel und im lächelnden Spiel der Lippen beheimatet) sind imstande, selbst ausgesprochen häßliche Züge liebenswürdig zu machen. Angeborene Herzensgüte, Liebeskraft und Opferfreudigkeit vermögen noch ein ganz verrunzeltes, welkes Greisenantlitz zu verklären, und in den meisten glatten Buben- und Mädchengesichtern verrät sich für den erfahrenen Beobachter doch schon der zukünftig reife Mensch. Hier ist das leuchtende Auge, die wache Aufmerksamkeit des Blickes das Entscheidende.

Es gibt kaum etwas Reizvolleres, als über diese Dinge nachzudenken, und es lassen sich mit Leichtigkeit dicke Bücher darüber schreiben; daß aber doch alle ernsthaften Bemühungen keine zu verstichtliche Wissenschaft aus solcher Formbeutkunde zu gestalten vermögen, liegt auf der Hand. Es ist eben schlechterdings unmöglich, persönlich Eindrücke und daraus gewonnene Ueberzeugungen auf diesem Gebiete unzweideutig wiederzugeben. Es muß eben jeder Mensch durch fleißige Beobachtung und Vergleichung seine eigenen Erfahrungen sammeln. Die darauf verwendete Mühe wird sich reichlich lohnen, denn jede selbsterworbene Menschenkenntnis gewährt einen guten Schutz gegen herbe Enttäuschungen, hilft einen das Pöbelhafte vom Leibe und bewahrt einen vor der Gefahr, die seelischen Verbitterung. Am glücklichsten daran ist derjenige, dem die Gabe des Humors zuteil wurde, denn er allein entgeht der Gefahr, aus Menschenkenntnis zum Menschenverächter zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250711012/fragment/page=0002